



Nachrichten aus Brüssel

Sozialpolitische Agenda der Kommission verabschiedet

Mit der Verabschiedung der Sozialpolitischen Agenda 2005 bis 2010 hat die Kommission ihre sozialpolitischen Vorhaben für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Aus gesundheitspolitischer Sicht ist insbesondere auf das Ziel der Modernisierung des Sozialschutzsystems hinzuweisen, um die Voraussetzungen für Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Mit der Vorlage eines Grünbuchs zur demographischen Entwicklung sollen die sich aus der Alterung der Bevölkerung ergebenden Folgen sowie die künftigen Beziehungen zwischen den Generationen analysiert werden. Die Mitgliedstaaten sollen bei der Reform ihrer Renten- und Gesundheitssysteme unterstützt werden, die Kommission spricht sich hier für die Anwendung der Methode der offenen Koordinierung aus.

Besondere Betonung legt die Kommission auf die Aufrechterhaltung und Straffung des Koordinierungsprozesses im Sozialbereich. Sie weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten langfristig angelegte Reformen ihrer Systeme der sozialen Sicherheit eingeleitet haben, wobei die Qualität der Umsetzung noch verbessert werden müsse. Die Kommission werde deshalb einer Rationalisierung und Vereinfachung der Umsetzung der Methode der offenen Koordinierung vorschlagen, u. a. durch eine einheitliche Liste gemeinsamer Ziele der drei Aktionsbereiche soziale Eingliederung, Renten und Gesundheit. ■

Europäischer Aktionsplan zur psychischen Gesundheit

In einem Übereinkommen verabschiedete die WHO-Europa-Konferenz der Gesundheitsminister in Helsinki die „Europäische Erklärung zur psychischen Gesundheit“ und den „Europäischen Aktionsplan für psychische Gesundheit“. An der Konferenz in Helsinki nahmen Gesundheitsminister aus allen 52 Ländern der WHO-Europa sowie *Markos Kyprianou*, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, teil. Die EU-Kommis-

sion erarbeitet derzeit eine Strategie für psychische Gesundheit und will Mitte diesen Jahres eine Anhörung dazu einleiten. ■

EU fordert verstärkten Kampf gegen HIV/AIDS

Der EU-Gesundheitsministerrat fordert einen koordinierten Ansatz zur HIV/AIDS-Bekämpfung in der EU und ihren Nachbarländern. Notwendig sei, eine gemeinsame europäische Strategie zu entwickeln – u. a. mehr Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, den Nachbarländern und internationalen Organisationen. Darüber hinaus sollen im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm verstärkte Anstrengungen bei der Forschung und Entwicklung wirksamer Präventionsmethoden vorgesehen werden. ■

EuGH: Vitaminzusätze sind nicht generell zu verbieten

Nach einem Urteil des EuGH stellt ein grundsätzliches Verbot der Einfuhr von Nahrungsmitteln aus anderen EU-Staaten, die mit Vitaminen oder Mineralstoffen angereichert wurden, eine unzulässige Behinderung des Binnenmarktes dar.

Nur im Einzelfall bei nachgewiesener Gesundheitsgefährdung seien solche Einfuhrverbote zulässig (RS C-41/02). In den Niederlanden werden solche Lebensmittel nur zugelassen, wenn ausdrücklich ein Nachweis vorliegt, dass ein Nahrungsbedürfnis dafür in der Bevölkerung besteht. Nahrungsmittelherstellern war die Einfuhr von Frühstückscerealien und Energieriegeln, die mit Vitamin B und Folsäure angereichert waren, untersagt worden. Die niederländische Verwaltungspraxis bei der Zulassung von Lebensmitteln mit zusätzlichen Vitaminen und Mineralstoffen aus anderen Mitgliedstaaten würden – so der EuGH – den Absatz dieser Produkte eindeutig erschweren. ■

Friedrich von Heusinger,
Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel